



Betriebsvereinbarung „Senkung der Arbeitskosten“:

Jetzt wird's teuer für die Belegschaft

Die ersten Gespräche über die Umsetzung der vom Gesamtbetriebsrat verhandelten und in Untertürkheim gegen die Stimmen der **alternative** zugestimmten Vereinbarung „Senkung der Arbeitskosten“ sind gelaufen. Trotzdem ist noch längst nicht alles abschließend geklärt. Klar ist bloß eins: die kommenden Lohnabrechnung werden vielen Kolleginnen und Kollegen erheblich mehr weh tun, als die Abrechnungen der vergangenen Monate.

Die erste Überraschung wird es für viele Kollegen Ende Mai geben. Weil die vom Gesamtbetriebsrat abgeschlossene Vereinbarung bereits seit 01. Mai gültig ist, wurde die davor zuletzt gültige Kurzarbeitsplanung als Grundlage genommen. Wer also in der Mai-Kurzarbeitsplanung am 30.04. nicht mindestens 3 Kurzarbeitstage hatte, ist automatisch in der Arbeitszeitverkürzung (AZV) mit 8,75 % weniger Bruttomonatslohn und entsprechend gekürztem Urlaubsgeld. Sollten im Verlauf des Monats Mai doch noch 3 Kurzarbeitstage eingeplant werden, wird das erst mit der Entgeltabrechnung Ende Juni korrigiert.

Kurzarbeit besser als 32-Std.-Woche ohne Lohnausgleich

Auf der Betriebsversammlung erklärte der BR-Vorsitzende H. Lense, dass die erste Stufe der Kurzarbeit (Aufzahlung auf 93,5% netto) und die AZV (minus 8,75% brutto) die gleiche Belastung darstellen würden. Wir sind da ganz anderer Meinung:

1. wird bei der AZV nicht nur der Monatslohn, sondern auch noch Urlaubs- und Weihnachtsgeld gekürzt. Bei der Kurzarbeit und den neu festgelegten Aufzahlungsstufen gibt es keine zusätzliche Kürzung der Einmalzahlungen.

2. Bei der 32-Stunden-Woche entstehen ca. 12 Stunden zusätzlicher Freizeitanspruch im Monat. Bei der untersten Stufe der Kurzarbeit hat man aber wenigstens 3 volle Tage arbeitsfrei.

3. Viele Kollegen werden bei 3 Tagen Kurzarbeit allein mit dem restlichen Lohn und dem Kurzarbeitergeld über 93,5 % vom Netto liegen und trotz Progressionsvorbehalt einen geringeren Entgeltverlust haben.

4. Bei Kurzarbeit arbeitet man tatsächlich weniger. Bei der AZV wer-

den die betrieblichen Führungskräfte zumindest in den Indirekten- und den Angestelltenbereichen versuchen, die gleiche Arbeit in weniger Stunden rauszuquetschen. Es gab auch schon entsprechende Ansagen von Abteilungsleitern.

Alles in allem sind 3 Tage Kurzarbeit wahrscheinlich das kleinere Übel.

Azubiübernahme selbstfinanziert

Die größte Mogelpackung bei den angeblich erzielten Erfolgen des Gesamtbetriebsrates besteht in der Regelung zur Azubi-Übernahme:

Bei allen übernommenen Azubis wird die Arbeitszeit und der Monatslohn von 35 auf 28 Stunden verkürzt. Alle zur Übernahme anstehenden Jungfacharbeiter verzichten also auf 20 % ihres Lohnes, um damit die befristete Übernahme der 20 %, die die Firma nicht übernehmen wollte, zu ermöglichen. Das heißt: Die Firma hat durch die befristete Übernahme der 20 % keinen Cent höhere Lohnkosten. Die Jungfacharbeiter zahlen alles aus eigener Tasche.

Aktien statt Ergebnisbeteiligung?

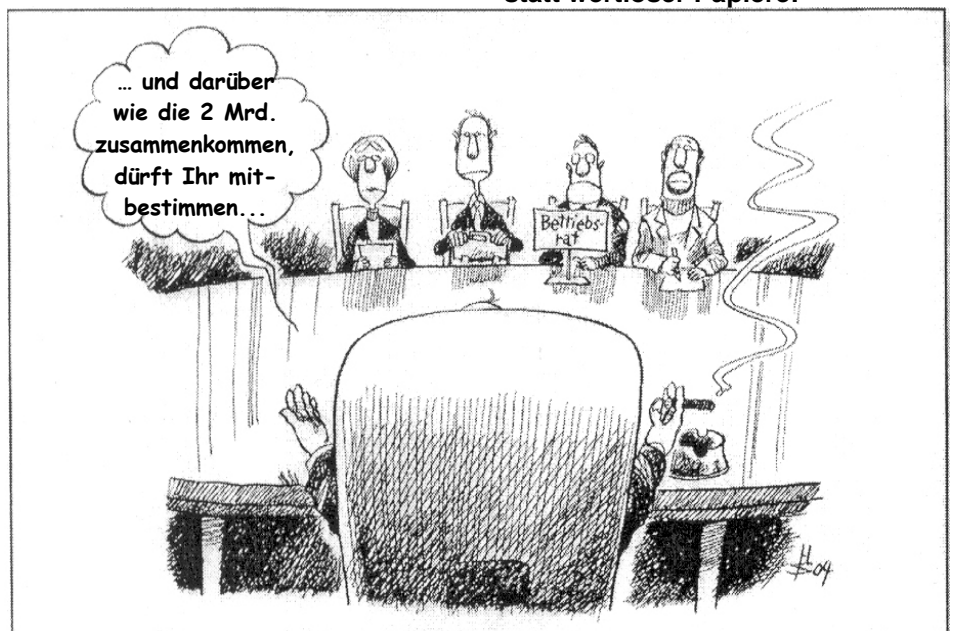
Obwohl wir jetzt wissen, dass man allen Beschäftigten in diesem Jahr erhebliche Entgeltverluste zumutet, verhandelt der GBR, die Ergebnisbeteiligung anstatt einer Auszahlung in 2010 in eine Mitarbeiterbeteiligung am Unternehmen zu wandeln. Scheinbar wissen die Gesamtbetriebsräte nicht mehr, wie hart mehrere hundert € Entgeltverlust für manchen zu verkraften sind. Den Traum, mehr Mitbestimmung auf diesem Weg zu erreichen, sollten sie lieber vergessen:

1. reichen 1% der Aktien kaum, um Mehrheitsentscheidungen zu verändern und

2. werden uns die Mächtigen in diesem kapitalistischen System nie freiwillig gleichberechtigt mitbestimmen lassen und

3. kann man nicht mehr so ganz sicher sein, ob unsere Vertreter im Aufsichtsrat wirklich auch immer unsere Interessen vertreten.

Deshalb sagen wir: Lieber Geld statt wertloser Papiere!



Berlusconi lässt grüßen (I):

„Linksextremistische Störer“ auf der Betriebsversammlung?

Vor Beginn der Betriebsversammlung am 28.4. in Untertürkheim drohte der Betriebsratsvorsitzende Helmut Lense den Anwesenden an, die Versammlung nicht zu eröffnen, weil angeblich „links-extremistische Störer die Versammlung sprengen wollten“. Für die allermeisten war überhaupt nicht erkennbar, was da vorn eigentlich los war. Was war wirklich passiert? Etwa 6 Kollegen hatten sich 5 Meter hinter dem Rednerpult mit selbst gemalten Plakaten aufgestellt, um ihre Kritik an den Lohnkürzungen sichtbar zu machen. Schweigend, ohne jeden Zwischenruf. Ähnliches hat es schon auf sehr vielen Betriebsversammlungen gegeben. Und das hat - außer die Werkleitung - keinen gestört. Doch das Demokratieverständnis des Betriebsratsvorsitzenden ist eben ein spezielles: wenn die gezeigten Plakate ihm nicht ins Konzept passen, erklärt er eben kurzerhand ganz normale Kollegen zu „linksextremistischen Störern, die die Versammlung sprengen wollen“. Deshalb: Unzensurierte offene Information durch die **alternative** ist notwendiger denn je!

Berlusconi lässt grüßen (II):

Wolfgang Nieke versucht Druck auf die SWR-Landesschau - Redaktion

Mit mehreren Anrufen hat Wolfgang Nieke, stellvertretender Betriebsratsvorsitzender, versucht, beim SWR dicke Backen zu machen. Ihm passt nämlich die kritische Berichterstattung der SWR-Landesschau über Daimlers Druck auf Kranke und Datenschutzverstöße überhaupt nicht.

Das, was Kolleginnen und Kollegen in den letzten Jahren zuhauf erlebt und erlitten haben, will er immer noch nicht wahr haben. Und deshalb soll wohl auch niemand darüber berichten dürfen. Das offenbart ein sehr eigenartiges Verständnis von den Aufgaben eines Betriebsrats.

Auch sein Verhältnis zur Pressefreiheit ist bemerkenswert: wenn in einem Beitrag des SWR neben ihm auch noch Thomas Adler von der **alternative** zu Wort kommen sollte, stünde er für ein Gespräch

Gegen Kündigungen, für Kurzarbeit und Qualifizierung:

Streik bei Federal Mogul zeigt Wirkung!

Beim Daimler-Zulieferer Federal Mogul in Wiesbaden wird gestreikt. Die Kollegen akzeptieren nicht, dass der Konzern über 400 entlassen will, obwohl das mit Kurzarbeit vermeidbar wäre.

Deshalb haben 94% der Metaller bei Federal Mogul für Streik gestimmt. Und der Streik zeigt Wirkung: im Motorenbau von Daimler, BMW und anderen schmelzen die Bestände der Federal Mogul-Teile dahin wie Butter in der Sonne.

Um die KollegInnen in die Knie zu zwingen, streut deshalb die Federal Mogul-Geschäftsleitung das Ge-

rücht, Daimler-Kollegen und Betriebsräte wären gegen ihren Streik und würden beim IG Metall-Vorstand auf einen Abbruch des Wiesbadener Streiks drängen.

Gerade zur richtigen Zeit kam deshalb am Dienstag der Solidaritätsbesuch aus Untertürkheim: Michael Clauss und André Halfenberg überbrachten solidarische Grüße der Untertürkheimer Kollegen und stärkten den Wiesbadener Kollegen den Rücken.

"Euer Streik ist der richtige Weg", so Michael Clauss in einer spontanen Kundgebung vor dem Federal Mogul-Tor, „unsere Belegschaft im Stuttgarter Motorenwerk steht dabei auch sicher hinter Euch. Lasst Euch nicht von den Arbeitgebern falsch informieren! Macht weiter so!"

Richard Altz, stellvertretender Betriebsratsvorsitzender und IG-Metall-Vertrauenskörperleiter bei Federal Mogul Wiesbaden: "Es freut uns, dass uns Kollegen aus einem Autowerk mit über 20.000 Beschäftigten ihre Solidarität aussprechen!"



Solidaritätsbesuch aus Untertürkheim: Michael Clauss und André Halfenberg: „Euer Streik ist der richtige Weg!“

Sparwut kennt keine Grenzen:

Getränkeautomaten weg?

In den vergangenen Wochen wurden wir mit einer Flut von neuen Sparideen konfrontiert; viele davon zu Lasten der Beschäftigten. Hier eine der neuesten Ideen: Alle Getränkeautomaten, die nicht einen bestimmten Mindestumsatz erreichen, sollen abgebaut werden. Damit will die Firma, die mit den Automatenherstellern vereinbarte Aufzahlung auf die Mindestumsätze einsparen. Wir reklamierten, dass dadurch die Möglichkeit, sich mit Getränken zu versorgen besonders für die Spät- und Nachtschicht unakzeptabel eingeschränkt wird. In Mettingen soll dafür zentral vor dem Einkaufsshop wieder ein Automat aufgestellt werden. Dort stand schon mal einer - bis er abgebaut wurde. Da wir den Versprechen der Werkleitung nicht mehr so viel glauben schenken, fordern wir: Erst müssen die Automaten an den zentralen Stellen aufgestellt sein, bevor auch nur irgendwo ein Automat abgebaut wird.

Impressum	
Herausgeber:	BASIS e.V. Esslingen
V.i.S.d.P.:	Fritz Patig, Esslingen
Druck:	Ottmar Jaiser, Stuttgart

Daimler spart bei Putzfirmen

Der Dreck muss weg!

Die Lasten der Krise werden zunehmend auch auf die Beschäftigten von Fremdfirmen abgewälzt. Schon vor Jahren wurden die Reinigungsaufgaben aus Kostengründen fremd vergeben. Zuletzt haben ca. 50 externe Kolleginnen und Kollegen der Fa. Klüh für einen Hungerlohn unseren Dreck weggeputzt. Die sollen jetzt auf rund die Hälfte reduziert werden. Was für die „Freigesetzten“ die Kündigung bedeutet.

Mehr Dreck, mehr Stress

Für die Verbleibenden bedeutet das Leistungsverdichtung und noch mehr Stress durch vergrößerte Putzbereiche. Trotz einem neuen Leistungsverzeichnis für Reinigungsfirmen, mit dem seit April die Putzerei reduziert wurde.

André Halfenberg
Betriebsrat PTU
Tel. 64358



Allerdings zu Lasten von Sauberkeit und Hygiene. So werden Tische und Böden der Pausenräume nicht mehr täglich, sondern nur noch zweimal die Woche geputzt, Umkleieräume nur noch 2,5 mal (kein Druckfehler!). In den Büros wird statt einmal pro Woche nur noch 14-tägig nass gereinigt. Schreibtische werden gar nicht mehr geputzt. Weitere Kürzungen ab 1. Juni sind beschlossene Sache. Dadurch werden weitere Kollegen arbeitslos.

Werkleitung gönnt sich das volle Putzprogramm

Von der ganzen Reinigungskürzung ausgenommen ist die Werksleitung. Bei ihr werden weiterhin jeden Tag der Teppichboden, die Toiletten und die Tische gereinigt, die Papierkörbe und Abfalleimer gelehrt.

Klagen der Kollegen werden einfach ignoriert!

Damit die Klagen der Kollegen nicht noch mehr zunehmen und die Fabrik nicht ganz im Dreck versinkt, fordern wir die Werkleitung auf, die Verkürzung der Reinigungsintervalle zurückzunehmen. Dann können auch die Putzfirmen ausgesprochene Kündigungen ggf. rückgängig machen und die Kollegen wieder zum Daimler putzen schicken. Oder noch besser: Daimler übernimmt die Kolleginnen und Kollegen und putzt in Zukunft wieder durch eigenes Personal. Soviel sollten auch Herrn Stauch die Menschen Wert sein!

Schöne neue Leistungsbeurteilung

Leistung schätzen mit NAVI und Pi mal Daumen

Zum ersten Mal wurde in den Zeitlohn- und Angestelltenbereichen die jährliche Leistungsbeurteilung mit dem neuen NAVI-System durchgeführt. Dem Betriebsrat liegt jetzt eine Auswertung der LB über die Entgeltgruppen vor. Dabei fällt auf, dass die Beschäftigten bis EG9 deutlich unterdurchschnittlich beurteilt wurden, die ab EG10 mehr oder weniger überdurchschnittlich. Was den Schluss nahe legt, dass die Vorgesetzten unabhängig von der Entgeltgruppe die gleichen Leistungserwartungen an die Beschäftigten gestellt haben. Was schlicht und einfach ein Unfug ist, für die Betroffenen in den unteren EGs allerdings ein teurer.

Mauscheln bis der Durchschnitt stimmt

Dabei ist es doch sicherlich wieder so gelaufen wie in der alten LB auch: vor Beginn der Abschlussgespräche setzten sich die Führungskräfte der Abteilung zusammen und verteilten die Prozente auf die Beschäftigten. Danach wurden Arbeitsergebnis und Arbeitsverhalten jedes Beschäftigten anhand der ihm zugeteilten Prozente „ermittelt“. Beurteilt hat vor allem der E3, dessen Abteilungsschnitt ja stimmen soll.

Haarsträubende Begründungen

Den Meistern bleibt es dann überlassen, ihren Arbeitern diese Beurteilungen zu verkaufen. Begründungen für Abwertungen finden sie dabei immer. Was auch kein Wunder ist. Wenn man gezielt suchen würde, fände man auch bei dem 30%

Leistungsträger etwas auszusetzen. Besonders beliebt ist Kritik an mangelnder Zusammenarbeit. Meist ist damit nicht einmal die Zusammenarbeit mit den Kollegen gemeint, sondern die mit dem Vorgesetzten.

Sie können machen was sie wollen

Dabei kommt es auf die Begründungen gar nicht an. Beschäftigte und Betriebsrat sind bei NAVI ohnmächtig wie bei kaum einem anderen Thema, wenn Vorgesetzte stur bei ihrer Beurteilung bleiben. So etwas wie eine paritätische Kommission, die versucht, eine halbwegs objektive Entscheidung zu treffen, ist bei NAVI nicht vorgesehen. Bleibt nur die Personalabteilung, und die steht allzu oft einseitig zu den Führungskräften.

NAVI muss wieder weg!

NAVI ist nur als Pilotprojekt für 2009 und 2010 eingeführt. So wie Vorgesetzte damit umgehen, darf der GBR keine Zustimmung zur Einführung dieses Leistungsbeurteilungssystem geben. Unvorstellbar, was passiert wäre, wenn, wie in einigen anderen Werken, auch die Leistungszulage in der Produktion mit NAVI ermittelt worden wäre!



Georg Rapp
Ersatzbetriebsrat
Tel. 57483

Kein Schutz durch DLTV:

Sparwahn in Küche & Kantinen geht weiter!

Obwohl für den Bereich Gastronomie & Services mit dem Dienstleistungs-Billigtarif (DLTV) schlechtere Entlohnungs- und Arbeitsbedingungen vereinbart wurden um angeblich Arbeitsplätze zu sichern, werden immer weiter Arbeitsplätze vernichtet.

Shops werden geschlossen

Durch die Entscheidung der Centerleitung, den Shop 1 in UT in die „Ölkantine“ (Betriebsrestaurant 2) zu integrieren, bleiben wieder 4 bis 5 Arbeitsplätze auf der Strecke. Den Shop in Sirnau zu schließen, ist ein Skandal. In Sirnau gibt es ohnehin keine warme Küche und der Shop war bisher die einzige Möglichkeit, sich etwas Vernünftiges zum Essen

zu besorgen.

Einstellungen statt Flickschusterei

Ich persönlich finde es einfach eine Schande, dass ein Weltkonzern wie Daimler so mit seinen Mitarbeitern umspringt. Statt mit Shopschließungen die Personallöcher in Küchen und Kantinen zu stopfen, muss endlich ausreichend Personal in G & S eingestellt werden. Aber solange die Mitglieder der Scheibenwischer-Fraktion im Kantinenausschuss das Ganze widerspruchslos abnicken, wird es damit so schnell nichts werden!

Witold Müller
Betriebsrat DLC
Tel. 22261



Störung Betriebsfrieden durch...

... Dr. Krupinski und sein Führungshandbuch

Im März berichteten wir darüber, dass PTU-Centerleiter Dr. Krupinski mit Hilfe des Personalbereichs ein Handbuch „Führungspraxis“ erstellt hat. Ziel scheint ganz offensichtlich, die Meister gegen ihre Mitarbeiter scharf zu machen. Darauf weist nicht nur die Vielzahl an sehr eng gefassten Regeln des Führungshandbuchs hin, sondern auch das im Folgenden geschilderte Verhalten des Centerleiters. In der Betriebsausschusssitzung wurde er vom Betriebsrat darauf hingewiesen, dass es sich bei dem Regelwerk um mitbestimmungsrelevante Themen handelt und darüber hinaus einige Formulierungen komplett falsch seien.

- So gibt es in der Arbeitsordnung entgegen der Behauptung keinerlei Hinweis darauf, dass man in Arbeitskleidung stempeln muss.

- Auch ist der Betriebsrat nicht nur über den Schichtwechsel von Kollegen zu informieren, sondern hat bei Veränderungen der Arbeitszeit ein klares Mitbestimmungsrecht.

Trotzdem wurde ohne Vorankündigung noch am selben Tag mit Infoveranstaltungen für alle PTU-Führungskräfte begonnen.

Uneinsichtiger Centerleiter

Die Kritik wies Herr Dr. K. zurück: „Ich werde auch zukünftig meine Führungskräfte zeitgleich mit dem Betriebsrat informieren.“ Also lieber falsch informieren, als erst einmal den Inhalt abklären? Ein besonders eifriger Meister hat bereits kurz nach der Infoveranstaltung seiner Mannschaft erklärt, sie dürften nur noch während der Pausen auf die Toilette. Das verstößt wohl eindeutig gegen Grund- und Menschenrechte. Die stehen zwar nicht im Führungshandbuch des Dr. K., aber dafür im Grundgesetz. Wir sind der Meinung, für diese Störung des Betriebsfriedens ist ein Abmahnung fällig. Und zwar nicht für den missbrauchten Meister, sondern für den Verursacher: seinen Centerleiter Dr. Krupinski. Außerdem raten wir der Werkleitung dringend ab, mit verschärfter Anwendung von Regeln weiter die

Atmosphäre zu vergiften. Sonst entwerfen wir ein Handbuch für „Dienst nach Vorschrift“ und das sieht dann anders aus.



Michael Clauss
Betriebsrat, Tel. 67977

alternative - Kontakt:

Thomas Adler	☎60140	Mate Dosen	☎66043
Reiner Böhmerle	☎64032	André Halfenberg	☎64358
Martin Bott	☎67965	Witold Müller	☎22261
Jürgen Butschler	☎67960	Georg Rapp	☎57483
Michael Clauss	☎67977	Serkan Senol	☎60915

Internet: www.alternative-info.org

Abwrackprämie:

sinnlos – ziellos – zwecklos

Auf 5 Mrd. € hat die Bundesregierung inzwischen die Gelder für die in jeder Hinsicht umstrittene und als Umweltpremie getarnte Subventionierung der Autoindustrie erhöht.



Martin Bott
Betriebsrat, Tel. 67965

Eine ökologische Lenkungswirkung ist weder erkennbar noch spürbar, Spritfresser werden genauso gefördert wie

sparsame Kleinwagen. Eine gestaffelte Förderung nach CO₂-Ausstoss wurde von der Autolobby erfolgreich sabotiert. Wird staatliche Förderung in anderen Bereichen immer gerne als Subventionitis verteuert, mutiert das bei Anschaffung von Neufahrzeugen plötzlich zu einem Erfolgsmodell.

Heuchlerisch auch das Jammern der deutschen Premium-Hersteller, dass vor allem ausländische Kleinwagen-Hersteller profitieren würden. Ein Ablenkungsmanöver, denn sie selbst machen seit Jahren große Kasse mit der Subventionierung großer spritfressender Dienstwagen auf Kosten der Allgemeinheit und der Umwelt. So waren 2008 62% aller Neuzulassungen in Deutschland steuerlich begünstigte Dienstwagen.

Tatsächlich wird der Kauf von Neufahrzeugen durch die Abwrackprä-

mie lediglich vorgezogen, ökonomisch ein teures mit Steuergeldern verschwendetes Strohfeuer, dessen Kosten nach den Bundestagswahlen durch weitere Belastungen bei uns wieder abkassiert werden.

Am Ende haben einige sich über die Verhältnisse ihres Portemonnaies hinaus ein neues Heiligsblechle aufschwätzen lassen, obwohl „der Alte“ noch in Schuss und mehr als 2500,- € wert war - gelockt durch Staatsprämie und günstigen Zinsen der Autobanken. Auto auf Pump, war da nicht was mit faulen Krediten auf der anderen Seite des großen Teiches?

Neu ist, dass das „Abwracken“ inzwischen in Mode kommt und auch auf die andere Seite hinüberschwappt, mit einer ganz besonderen ökologischen Komponente: Je größer der Spritverbrauch des alten, umso mehr darf das neue Auto schlucken! Das ganze hat nur einen Haken. Da sich in Amerika Neuwagenkäufer ca. alle 2 Jahre einen neuen zulegen gibt es kaum Altfahrzeuge zum Eintauschen – und Altwagen werden von weniger gut betuchten gefahren, die als Neuwagenkäufer in der Regel ausfallen. Umsteuern sieht anders aus!

